

29./X. 1916

99

Privatwirtschaft oder Staatsmonopol in der Petroleumindustrie?

Die jetzigen Preistreiberien in der Rohölindustrie.

Wir haben schon vor mehreren Monaten die Veröffentlichung der Bilanzen einiger Petroleumgesellschaften zum Anlaß genommen, um auf die geradezu absurden Preisverhältnisse hinzuweisen, wie sie für den Petroleummarkt kennzeichnend geworden sind. Damals — es war zu Beginn des Juli — kostete der Doppelzentner Rohöl im freien Verkehr bereits 19 Kronen, nachdem er ein Monat vorher noch mit 10 Kronen bezahlt worden war. Dieser Tage ist nun die Nachricht aus Galizien gekommen, daß dort gegenwärtig schon 32 Kronen für den Doppelzentner gefordert und gezahlt werden. Rohöl ist also heute teurer als raffiniertes Petroleum vor dem Kriege.

Der Mineralölmarkt ist zum Schauplatz einer wüsten Preistreiberie geworden, deren Ausschreitungen man am besten an einem Vergleich zwischen dem Einst und heute erkennen mag. Im Jahre 1908, also zu einer Zeit, wo sich die Naphthagruben gegenseitig bekämpften und wo sich zudem die amerikanische Konkurrenz stark fühlbar machte, notierte der Meterzentner Rohöl mit 70 Heller. Das ist nun allerdings ein Preis, der auf die Dauer den Ruin der gesamten Delindustrie zur Folge gehabt hätte, wenn nicht der Staat durch den Bau der großen Raffinerie in Drohobycz eingegriffen und der Ueberproduktion an Rohöl gesteuert hätte. In der Folge haben sich die Verhältnisse am Rohölmarkt zusehends gebessert, womit auch die dringend notwendige innere Festigung in dem finanziellen Aufbau der einzelnen Gesellschaften verbunden war. So kostete ein Meterzentner Rohöl im Jahre 1910 Kronen 3.02 bis 3.04, im Jahre 1911 Kronen 3.46 bis 3.47, im Jahre 1912 bereits Kronen 5.05 bis 5.07 und im Jahre 1913 sogar Kronen 9.04 bis 9.09. Das waren bereits Preise, die es vornehmlich jenen Raffinerien, die über eigene Gruben verfügen, leicht machte, Dividenden von 8 bis 10 Prozent zur Ausschüttung zu bringen. Eine Ausnahme machte nur die Schodnica, die noch im Jahre 1910 mit Verlust arbeitete, während sie jetzt im Gelde schwimmt. 30 bis 40 prozentige Reingewinne — nicht etwa Dividenden! — sind heute überhaupt das Merkmal für sämtliche Gesellschaften, die sich in der Petroleumindustrie betätigen, und man muß sich fragen, warum der Staat es bisher unterlassen hat, auch auf diesem Gebiete regelnd zugunsten der Allgemeinheit einzugreifen. Im August v. J. wurde wohl die Beschlagnahme der gesamten Rohölproduktion ausgesprochen und im vorigen Monat kam es zur Petroleumsperrre, verbunden mit Produktionszwang, alles Eingriffe von Seite des Staates, die in der Theorie recht weit gehen, die jedoch in der Praxis infolge einer lässigen Durchführung jede Schärfe verlieren. Im vorigen Jahre hat man sich im Arbeitsministerium damit begnügt, von den Rohölproduzenten einen Vorzugspreis zu fordern, zu dem sie die staatliche Raffinerie mit Naphtha versorgen mußten; sonst ließ man ihnen bei der Festsetzung der Preise vollkommen freie Hand.

An die Einführung von Höchstpreisen für Rohöl dachte man nicht und selbst heute ist man anscheinend dazu nicht gewillt, sonst hätte man die im vorigen Monate angeordnete Petroleumsperrre mit einer Preisregulierung verbunden. Stichhältige Gründe für diese Unterlassungen sind nicht bekannt. Von verschiedenen Seiten ist auf die Unterbindung der rumänischen Petroleumzufuhr hingewiesen worden, die eine starke Knappheit am Petroleummarkt erzeugt hat und die der galizischen Rohölindustrie eine monopolartige Stellung verleiht. Doch gerade diese Tatsache, die mit den Preistreiberien, wie sie jetzt von den Raffinerien geübt werden, zusammenhängt, sollte die Durchführung weit ausschauender Pläne veranlassen. In Deutschland wo man über nennenswerte Naphthaquellen nicht verfügt, ist der Plan eines Petroleumhandelsmonopols bereits einmal erörtert worden und nach dem Kriege wird man in Berlin den Faden sicherlich wieder aufgreifen. Noch entschlossener geht man in Petersburg ans Werk, wo eine vollkommene noch im Laufe des Krieges durchzuführende Monopolisierung der Petroleumindustrie beabsichtigt ist. Rein technisch gibt es in der Tat kaum ein Gebiet, bei dem sich die Verstaatlichung leichter durchführen läßt. Die örtliche und auch kaufmännische Konzentration, wie sie die Petroleumindustrie aller Länder kennzeichnend ist (Amerikas Petroleumtrust, Russlands Firma Nobel) macht eine Unmenge von Arbeiten und Verhandlungen, wie sie, um ein Beispiel zu erwähnen, die deutsche Reichsregierung bei einer

zwei Verstaatlichung der in viele Einzelbetriebe zerfallenden Zigarettenindustrie zu erledigen haben wird, überflüssig.

Eben jetzt ist im sächsischen Landtag ein Gesetzesvorschlag genehmigt worden, der infolge der Ähnlichkeit der Materie in seinen Grundzügen sehr wohl als Beispiel für Maßnahmen dienen könnte, die auf eine Monopolisierung unserer Petroleumindustrie hinauslaufen. Wie in Sachsen die Kohlenfelder, so sollte man bei uns die unausgebeuteten Petroleumfelder dem Staate vorbehalten, der dann die Anlage von eigenen Naphthagruben in größtem Maßstabe selbst in die Hand nehmen müßte. Der Staat würde sich so von den Rohölproduzenten, auf die er bisher als Besitzer der großen Raffinerie in Drohobycz angewiesen ist, unabhängig machen und damit zu einem beachtenswerten Wettbewerber in der Petroleumindustrie werden. Es würde sich also ein Zustand herausbilden, wie wir ihn beim rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat antreffen, zu dessen Mitgliedern bekanntlich auch der preussische Fiskus gehört. Das ist nicht das Monopol, aber doch etwas. Soll aber das Monopol erreicht werden — und wie werden wir ohne Monopole die Millionen aufbringen, können, die der Zinsendienst der Kriegsanleihen erfordern wird, — so heißt es zur rechten Zeit eingreifen, d. i. so lange es in den Händen der Regierung liegt, auf dem Wege der Verordnung einen Abbau der Rohöl- und Petroleumpreise herbeizuführen und dadurch die phantastischen Gewinne der einzelnen Gesellschaften auf ein normales Maß herabzudrücken. Vollkommene Freiheit, wie sie jetzt herrscht, kann nur zu neuen Preistreiberien und insbesondere zu wahnwitzig hohen Kursen in den Petroleumwerten führen, Tatsachen, die schlechte Vorbedingungen für eine Verstaatlichung der Mineralölindustrie wären. Wer ein Monopol einführen will, muß auch den Boden dafür zur rechten Zeit vorbereiten.